Einzel-Nr.: 20 Pfennig

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis einschl. Bilder- u. Kinder-Kurier durch die Post in Deutschland monatlich 3.50 Mk. Bestellgeld, evtl. Ausland 6 Mk. einschl. Porto. Erscheint tägl. morg. Höh. Gewalt schließt Erfüllung aus. Schriftl., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernspr. Sammel-Nr.: 70811. Fernschr. 17089-17092); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- und Abonnements-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Die 12gespaltene 24 mm breite mm-Zeile zweiundzwanzig Pfennig. Familienanzeigen von Privaten mm-Zeile sechs Pfennig. — Gelegenheitsanz., Stellengesuche, Reklamezeilen, Rabatte usw. nach Tarif. Für komb. Aufträge mit N. L. A. Sonderbedingungen. Platz- u. Datenvorschrift, unverbindl. Erfüllungsort u. Gerichtsstand Leipzig (Amtsger. Leipzig). Postscheck-Kto. Leipzig 3004.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig

Nr. 202 Leipziger Schriftleitung Johannisgasse 8 (Fernsprecher 70811) Berliner Schriftleitung Freiherr v. Stein-Str. 5 III, Tel. Stephan 4101 u. 9038 — Donnerstag, den 23. Juli 1925 — Dresdner Schriftleitung Dresden-A., Zahngasse 3, Fernsprecher 32 50 — 119. Jahrg.

Außenpolitische Debatte im Reichstag

Notenwechsel

L. G. Leipzig, 22. Juli.

Der Mechanismus des diplomatischen Notenwechsels ist nachgerade so bekannt, daß alle, die in der Oeffentlichkeit irgendwie damit zu tun haben, sich wie die Nachbeter einer einigermaßen ausgeleierten Litanei vorkommen, die insbesondere bei den gegenwärtigen, nach pikanterer Kost verlangenden Hitzegraden kaum auf leidenschaftliches Interesse rechnen darf. Der Mechanismus setzt ein mit dem Versuche, den Inhalt der bevorstehenden Note so getreulich als möglich zu erraten. Ein Versuch, der meistens gelingt, da in parlamentarischen und anderen Plauderecken trotz aller obligatorischen Verschwiegenheit so viel über die kommenden Dinge zu verlauten pflegt, daß es einer halbwegs geübten Phantasie nicht sonderlich schwer fällt, ziemlich zutreffende Unterrichtung zu gewinnen. Der nächste Akt bringt die Note selber und alsbald auch die einheimischen Erläuterungen, die, wie eine bunte Stickerei zwischen den entgegengesetzten Polen der Politik eingespannt, in allen nur möglichen Farben schillern. Dritter Akt: Das Echo der ausländischen Kommentare dringt zu uns und beweist uns, daß auch jenseits der Grenzen die Zahl der Meinungen nicht viel geringer ist als die der mehr oder weniger zu ihrer öffentlichen Aeußerung Berufenen. Dazwischen wird mit besonderer Aufmerksamkeit die offiziöse Stimme der zunächst beteiligten Regierungen vernommen, in der sich den Feinhörigen bereits die Umrisse der Antwortnote ankündigen — und das Spiel kann von neuem beginnen.

Das System der Geheimdiplomatie ist seit dem Weltkrieg, unter dessen Urhebern man es zu rechnen pflegt, viel gescholten worden. In der Tat unterliegt es keinem Zweifel, daß es den wichtigsten Angelegenheiten der Völker nicht zuträglich sein kann, abseits von aller Aufsicht und Kontrolle von einigen wenigen Persönlichkeiten gehandhabt zu werden, deren moralische und intellektuelle Eignung zu so verantwortungsvoller Aufgabe nicht immer ohne Vorbehalt anerkannt werden kann. Es lag ohne Frage etwas Absurdes darin, wenn häufig die unwesentlichsten Dinge im vollen Licht der parlamentarischen Beratung behandelt wurden, während Probleme, bei deren Lösung es sich um Leben und Tod handelte, nicht aus dem Schatten der Amtsstuben herauskamen. „Wilhelmstraße", „Quai d'Orsay", „Downingstreet", „Ballhausplatz" usw. waren mit ehrfurchtgebietendem Nimbus umgebene Zauberworte eines geheimnisvollen Ritus, von dessen Mysterien die Völker erst aus Kriegserklärungen und Mobilmachungsbefehlen einige Kenntnis erhielten.

Aus dieser peinlichen Erfahrung ist dann die entgegengesetzte Methode des öffentlichen Notenwechsels hervorgegangen, von der jedoch zur Zeit ihrer höchsten Blüte, der Aera Poincaré, schwerlich gerühmt werden kann, daß sie zur Annäherung der Nationen beigetragen habe. Die gegenwärtigen Bemühungen der Diplomaten bestehen ja zu einem guten Teil eben darin, die übeln Früchte zu beseitigen, die von der starren und in gewissem Sinne geradezu unmenschlichen Form der schriftlichen Disputation mit ihren eigensinnigen Festlegungen gezeitigt worden waren. Auch dieses Verfahren ist inzwischen wieder aufgegeben worden. Der Notenwechsel, dem wir heute beiwohnen, hat nicht mehr den gleichen Charakter. Vielmehr steht er im engen Zusammenhang mit nicht öffentlichen Besprechungen, in deren Rahmen den öffentlichen Noten hauptsächlich die Bedeutung von Zusammenfassungen zukommt, aus denen sich der bisher zurückgelegte Weg erkennen läßt. Auch damit ist sicherlich noch nicht die denkbar beste Art des diplomatischen Verkehrs erreicht worden. Die diesem System angehörigen Schriftstücke sind ihrer Natur nach zu Unklarheiten und Halbtönen verurteilt, die sich zwar bei Urkunden einer noch in vollem Flusse befindlichen Entwicklung ohne weiteres verstehen lassen, jedoch von Böswilligen leicht dazu verwendet werden können, neue Verwirrung und Mißtrauen zu säen. Auch diesmal ist ja kein Mangel an giftigen Kommentaren der französischen Hetzpresse, denen glücklicherweise eine ruhige und sachliche Regierungsäußerung gegenübersteht, in der zwischen den Zeilen die Anerkennung der deutschen Note als einer korrekten Kennzeichnung des gegenwärtigen Standes der Verhandlungen zu lesen ist.

Auch in dieser Form der diplomatischen Erörterungen kann nur eine Zwischenstufe der Entwicklung gesehen werden, die über kurz oder lang zu dem mündlichen Verfahren führen muß, daß den Dawes-Vertrag hervorbrachte, bisher den einzigen positiven Versuch zur Regelung der durch einen unsinnigen Friedensvertrag mehr verwirrten als geregelten Beziehungen zwischen Deutschland und seinen hauptsächlichen Kriegsgegnern. Mit Recht hat sich daher die deutsche Antwortnote vor allem zur Aufgabe gemacht, zu „endgültigen Verhandlungen" überzuleiten, die ohne Zweifel als mündliche gedacht sind. Und wenn schon heute, vielleicht etwas voreilig, eine beschleunigte französische Erwiderung angekündigt wird, so darf man hoffen, daß es sich dabei nicht um eine bloße Fortsetzung des Frag- und Antwortspieles handeln wird, sondern um die Anbahnung von mündlichen Unterhandlungen, für die ja durch die Räumung des Ruhrgebietes, der Sanktionsstädte und, so ist zu erwarten, endlich auch der Kölner Zone eine günstigere Atmosphäre vorbereitet wird, als sie bisher bei Besprechungen zwischen den ehemaligen Feinden möglich war.

Der Sicherheitspakt eine deutsche Friedensoffensive

Berlin, 22. Juli.

In der heutigen Reichstagssitzung steht die außenpolitische Aussprache als einziger Gegenstand auf der Tagesordnung. Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Luther, Außenminister Dr. Stresemann, Justizminister Dr. Frenken. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2.45 Uhr.

Außenminister Stresemann

erhält sofort das Wort. Er führt aus:

„In meiner Reichstagsrede vom 18. Mai habe ich die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu der Frage der Sicherheit dahin charakterisiert, daß

eine Lösung ohne Deutschland eine Lösung gegen Deutschland

sein würde. Aus diesen Erwägungen haben wir die Folgerung gezogen, daß wir uns positiv an der Lösung der Sicherheitsfrage beteiligen müssen. Die Beschleunigung, mit der unsere Antwort erfolgt ist, ist ein Beweis für unseren Willen, an der Lösung der Frage ehrlich mitzuarbeiten. In der französischen Note ist bereits der Versuch gemacht, konkret auf das Problem des Sicherheitsvertrages einzugehen. Nur durch eine sachliche Darlegung unserer Grundgedanken kann die Lösung des Problems weiter gefördert werden. Nachdem nun der Gesamtkomplex der Diskussion feststeht, darf man den Stand der Erörterungen vielleicht in folgende Punkte zusammenfassen:

Das Ziel der Erörterungen ist der Pakt mit Deutschland. Welche Mächte sich daran vielleicht noch beteiligen, ist bis zur Stunde noch nicht zu übersehen. Zweifelhaft ist bis jetzt insbesondere noch die Stellung Italiens. Wir können der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich auch Italien an der Lösung des Problems beteiligt.

Den Kernpunkt des Vertragswerkes bildet der Garantiepakt.

Neben diesem Punkt, über den ein vorläufiges Einverständnis festgestellt werden kann, bestehen noch einige bedeutsame Punkte, insbesondere der Ausbau der Schiedsverträge und die Stellung die Deutschland innerhalb des Völkerbundes einnehmen muß. Wir hoffen, daß die sachliche Kritik, die unsere Note an den Vorschlägen der Alliierten übt, die Förderung auch dieser Fragen zur Folge haben wird. Wir lehnen den Gedanken ab, daß innerhalb des Schiedsgerichtsverfahrens der Sekundant gleichzeitig Schiedsrichter sein muß. Die deutsche Antwort wendet sich gegen den Versuch, das Schiedsgerichtsverfahren zu ersetzen durch das subjektive Ermessen des einzelnen Staates. Diese sachliche Darlegung des deutschen Standpunktes hat in Paris und London volle Würdigung gefunden. Die deutsche Antwort bildet die Grundlage für weitere Erörterungen, die wie wir hoffen, zu Verhandlungen führen werden und das durch unsere Note angestrebte Ziel sicherstellen. Wir dürfen uns daher der berechtigten Hoffnung hingeben, zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Wenn nicht alles täuscht, so besteht auch für die Fortsetzung dieser Erörterungen die Atmosphäre der Londoner Konferenz, die schon einmal zur Lösung des Reparationsproblems beigetragen hat. In dieser Erwartung bestärkt uns die

bedeutsame Tatsache der Räumung des Ruhrgebietes noch vor dem vertragsmäßigen Termin.

Ich stehe nicht an, der Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, daß die französische und belgische Regierung, um ihrerseits guten Willen zu zeigen, die vollständige Räumung des Ruhrgebietes vor dem Endtermin des 16. August durchführen werden. Die französische Regierung und die belgische Regierung haben in dieser Entscheidung die Londoner Vereinbarung hierüber anerkannt und sich nicht stören lassen durch die krampfhaften Bemühungen des Grafen Reventlow, der nachzuweisen suchte, daß der grundlegende französische Text die Besatzungsmächte überhaupt nicht verpflichtet, bis zum 16. August zu räumen, sondern lediglich am 16. August zur Räumung zu schreiten, aber diese Räumung vollkommen in ihr Belieben stellt (Lebhafte Unruhe und Rufe: „Unerhört!").

Die französische und die belgische Regierung haben sich diese Auffassung nicht zu eigen gemacht, sondern sie haben vollkommen anerkannt, daß die Uebersetzung, die das Auswärtige Amt zugrunde legte, dem Vertrag entsprach. Darüber konnte niemals einer zweifelhaft sein, der selbst an dem Londoner Abkommen teilgenommen hat. Ich kann vor der Oeffentlichkeit sagen, wenn in den letzten Wochen das Auswärtige Amt und die deutsche Regierung ihre ganzen Anstrengungen darauf richteten, die Ruhrräumung zu sichern, und wenn in dieser Zeit ein deutscher Reichstagsabgeordneter hier vor der Oeffentlichkeit aussprechen konnte, daß (es entsteht erneut eine **große Unruhe.** Lebhafte Rufe: „Pfui, Pfui!", richten sich gegen die Völkischen, die mit Gegenrufen antworten. Die Unruhe wird erst durch die Glocke des Präsidenten allmählich beschwichtigt) die Besatzungsmächte nicht gezwungen werden könnten, das besetzte Gebiet zu diesem Termin zu räumen, so ist das einmal vollkommen falsch und zweitens vom Standpunkt der deutschen Interessen unerträglich. (Lebhafte Rufe im ganzen Hause: „Sehr wahr!") Die Genugtuung über die Bereitwilligkeit zur Räumung des Ruhrgebietes wird dadurch bestärkt, daß ich nach den Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten nicht daran zweifle,

daß Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort ebenfalls demnächst geräumt werden

(Zwischenruf links.) „Demnächst" bedeutet, daß das Sanktionsgebiet wie das Ruhrgebiet innerhalb der vertragsmäßigen Zeit geräumt wird.

Sowohl in bezug auf die Räumung des Ruhrgebietes als der Sanktionsstädte werden jetzt die Londoner Abmachungen auch in diesem letzten, bedeutungsvollen Teil in Erfüllung gehen. Ich glaube, es würde für unsere gesamte Politik, auch für unsere Politik gegenüber den Alliierten, ein dauernder Gewinn sein, wenn wir in der deutschen Oeffentlichkeit jenes Mißtrauen überwinden könnten, das deshalb bestand und zum Teil noch heute besteht, weil wir in bezug auf die Erfüllung der uns gemachten Zusagen in den letzten Jahren nicht verwöhnt worden sind. Wir haben nach den Londoner Abmachungen den Zustand einer starken Entspannung der öffentlichen Meinung in Deutschland feststellen können. Wir erkennen gern die Wiederherstellung der vertragsmäßigen Zustände im Ruhrgebiet an, aber die

Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone

zu dem uns zugesagten Termin vom 10. Januar hat in der öffentlichen Meinung jene Zweifel und Bedenken wieder auftauchen lassen (Zustimmung). Nachdem die Entwaffnungsnote bekanntgeworden ist, wurde die Meinung, daß die noch offenen Restpunkte in der Entwaffnungsfrage keinen Grund für die Weiterbesetzung der nördlichen Rheinlandzone bilden, nur noch verstärkt worden. Die Reichsregierung hat auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie die unendlich schweren Bedingungen für die Entwaffnung zu erfüllen bereit sei. Wir haben eine Kommission eingesetzt, die mit besonderen Vollmachten ausgestattet ist. Einige Fragen müssen noch prinzipiell ausgetragen werden, da nach unserer Meinung hier die Forderungen über das Vertragsmäßige hinausgehen. Das ist die äußerste Grenze, die wir ziehen müssen. Auf die Dauer dürfen nicht Bedingungen von unerträglicher Schwere einer einseitigen Auslegung unterworfen werden (Zustimmung). Die Alliierten aber werden mit uns darüber einig sein, daß auch dieses Problem vor dem Abschluß des großen Friedensvertragswerkes bereinigt werden muß. Der günstige Ausblick auf das Zustandekommen dieses großen Werkes wird auch die Behandlung der akuten Meinungsverschiedenheiten günstig beeinflussen. Am guten Willen dazu wird es bei uns nicht fehlen. Wir dürfen aber annehmen, daß dazu auch auf der Gegenseite der gute Wille vorhanden sein wird, so daß mit der Erledigung des Garantiepaktes auch diese Frage erledigt sein wird.

Ueber den Garantiepakt noch einige allgemeine Bemerkungen. Man hat manchmal die Empfindung, als wenn nach irgendeinem blitzartigem Einfall, aber ohne innere Berechtigung diese Sicherheitsfrage in die Diskussion hineingetragen worden sei. In Wirklichkeit ist der Anspruch auf Sicherheit, den Frankreich erhebt, eine Frage, die seit Jahren zwischen uns und Frankreich steht. Alle diese Sanktionen und Besetzungen, alle diese Gewaltmaßnahmen wurden immer wieder unter dem einen Gesichtspunkt des bedrohten Frankreichs begründet, das Anspruch auf Sicherheit habe. Es war das die Zeit des tiefsten Zerfalls bei uns im Innern und die Zeit stärkster Bedrängung nach außen. Damals hatte Poincaré ganz offen ausgeführt, welche Hoffnungen daraus hervorgehen würden, daß diese Zustände in Deutschland auf das Rheinland und auf die Pfalz abfärben würden, in dem Sinne, daß dort die separatistische Bewegung zum Siege gelangt. Er sagte: „Wir können früher oder später auf eine Aenderung in der politischen Verfassung des besetzten Gebietes rechnen. Die Kammer wird begreifen, daß ich im Augenblick nicht mehr sagen kann über das, was im Werden ist. Ich muß in dieser Frage jetzt zurückhaltend sein. Aber niemand empfindet lebhafter als ich die Bedeutung dieser Angelegenheit für Frankreich." (Hört, hört!) Deutlicher kann der Anspruch Frankreichs, in die deutschen Verhältnisse einzugreifen, falls der Separatismus sich wieder einmal erheben sollte, nicht ausgesprochen werden. Ich empfinde es daher als viel zu weitgehenden Optimismus, wenn Sie die Sicherungen, die der Sicherheitspakt doch unzweifelhaft für das gesamte Deutschtum des Rheinlandes in sich schließt, bei solchen Strömungen als etwas Selbstverständliches betrachten.

Ich glaube aber, daß die positive Sicherung des Rheinlandes von unserem Standpunkt aus einer der großen Gedanken des Sicherheitspaktes ist.

Der Friede zwischen Frankreich und Deutschland ist nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Angelegenheit. Der Weltkrieg hat keine Sieger geschaffen, die ihres Sieges froh werden könnten. Die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln hat soziale und politische Verwirrungen in Europa geschaffen, die selbst alte Kulturstaaten vor die Frage ihrer Weiterexistenz stellen. Von Osten nach Westen hat bisher der Währungsverfall noch an keiner Staatsgrenze Halt gemacht, aber ich gehöre nicht zu denen, die von einer Fortsetzung des Währungsverfalles in Frankreich etwa Vorteile für Deutschland erwarten. Ich sehe weder wirtschaftliche, noch politische Vorteile dabei. Ebensowenig bin ich der Ansicht, daß die Großmachtstellung Frankreichs durch irgendwelche Schwierigkeiten in Marokko erschüttert werden könnte. Die großen Probleme der Gegenwart liegen darin, daß ohne die Mitwirkung großer Weltmächte heute weder in Frankreich, noch in Deutschland die Wirtschaftsnöte behoben werden können. Man hat vielfach darüber debattiert, ob der Londoner Zahlungsplan gegenwärtig gefährdet sei. Ich glaube nicht, daß man von einer Gefährdung sprechen kann, wenn der Friede Europas und die wirtschaftliche Sicherheit nicht gefährdet sind. Aber es scheint mir ebenso sicher, daß der Londoner Zahlungsplan nicht durchzuführen ist, wenn die Politik der Sanktionen und die Politik des gegenseitigen Mißtrauens der Grundzug der europäischen Politik bleibt.

Die Räumung der Ruhr und der Sanktionsstädte beendet die verfehlte Politik gegen Deutschland. Eine gerade Linie der deutschen Außenpolitik führt über die Liquidation des uns aufgezwungenen Ruhrkampfes über die Micum-Verträge zum Sachverständigengutachten und vom Londoner Reparationsplan zum Sicherheitspakt. Deutschland hat eine Friedensoffensive großen Stils gegonnen. Der Wunsch der Reichsregierung geht dahin, daß ihre Bestrebungen zu einem günstigen Erfolge führen mögen. (Beifall rechts.)

Abg. Breitscheid (Soz.):

Es erscheint uns als ein Erfordernis der parlamentarischen Demokratie, daß Volk und Volksvertreter über die allgemeinen Absichten der Regierung hätten unterrichtet werden müssen, und zwar bevor die Regierung sich festlegte. Es kam noch hinzu, daß in diesem Falle die stärkste Regierungspartei dem Ausgangspunkt der ganzen internationalen Erörterungen und dem Ausgangspunkt der Aktion des deutschen Kabinetts eine Auslegung gab, die uns allerdings außerordentlich bedenklich und gefährlich erschien. („Sehr wahr!" bei den Soz.) Die Deutschnationalen behaupteten durch den Mund des Grafen Westarp daß das Februarmemorandum für das Kabinett nicht bindend sei. (Rufe rechts: „Sehr richtig!" Lebh. Hört, hört! links.) Graf Westarp wurde in dieser Aktion in sehr nachdrücklicher Weise von seinem Freund, dem Minister des Innern Schiele, unterstützt. (Hört, hört! bei den Soz.) Unsere Interpellation war nicht der Hebel zum